

Fachinformationen der Blätter der Wohlfahrtspflege

Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit – www.bdw.nomos.de

Paritätischer warnt vor Rentnerarmut

Ein Verharren der Armutsquote auf hohem Niveau sieht der Paritätische Wohlfahrtsverband in den kürzlich vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Armutsgefährdungsquoten. Der Verband warnt vor allem vor einer stark steigenden Rentnerarmut in Deutschland. Von der Bundesregierung fordert er einen finanzpolitischen Kurzwechsel zu einer offensiven Armutsbekämpfung. Das gute Wirtschaftsjahr 2014 habe zu keinem nennenswerten Rückgang der Armutsquote in Deutschland geführt. Die Armut verharre mit 15,4 Prozent auf hohem Niveau, kritisiert der Paritätische Wohlfahrtsverband. Die Armutsquote sei von 2013 auf 2014 zwar um 0,1 Prozentpunkte gesunken. Doch ob der Negativtrend seit 2006, als die Armutsquote noch 14 Prozent betrug, damit gestoppt sei, sei offen, da die Entwicklung in den Bundesländern sehr uneinheitlich sei. Während insbesondere Berlin und Mecklenburg-Vorpommern einen ganz signifikanten Rückgang der Armutsquoten vermelden könnten, sei deren Zunahme im bevölkerungsreichen Nordrhein-Westfalen weiterhin ungebrochen. Die am stärksten von Armut betroffenen Gruppen seien nach wie vor Erwerbslose (57,6 %) und Alleinerziehende (41,9 %). Alarmierend sei die Entwicklung bei den Rentnern. Erstmals seien auch Rentnerhaushalte (15,6 %) überdurchschnittlich von Armut betroffen. Es handle sich um Menschen, deren Einkommen häufig nur knapp über der Sozialhilfeschwelle liege. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis auch die Zahlen derer, die in Altersgrundsicherung fallen, auf ein hohes Niveau nachziehen.

www.der-paritaetische.de

Inklusion betrifft nicht nur die Schule

Die Ständige Fachkonferenz »Grund- und Strukturfragen des Jugendrechts«

des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht hat eine Stellungnahme verfasst zum Thema »Inklusion als Impuls: Hinweise und Anmerkungen aus der Sicht der Kinder und Jugendhilfe«. Die Stellungnahme greift zwar das gesellschafts- wie fachpolitisch vieldiskutierte Thema Inklusion auf, erweitert allerdings die derzeit verbreitete Fokussierung auf den schulischen Bereich durch einen exemplarischen Blick auf die vielfältigen Teilhabebedürfnisse junger Menschen mit Behinderung (Kindertagesbetreuung, Schule, Familie, Freizeit, Gesundheit). Die Stellungnahme enthält eine Bestandsaufnahme zur tatsächlichen und rechtlichen Situation junger Menschen mit Behinderung sowie ihrer Familien, gefolgt von einer differenzierten Auseinandersetzung mit ihren tatsächlichen Teilhabebedürfnissen. Ausgehend hiervon versucht sie sich im Weiteren an kritisch-konstruktiven Hinweisen, Inklusion aus der Perspektive und dem Selbstverständnis der Kinder- und Jugendhilfe zu beschreiben und notwendige strukturelle Veränderungsbedarfe im eigenen sowie den angrenzenden, an der Förderung der Entwicklung junger Menschen beteiligten Systeme herauszuarbeiten. Die Stellungnahme ist im Volltext kostenlos im Internet abrufbar.

www.dijuf.de

Kennzahlen zur Eingliederungshilfe als Broschüre erhältlich

Von 1.000 Einwohnern und Einwohnerinnen zwischen 18 und 65 Jahren waren am Jahresende 2013 insgesamt 5,7 im Arbeitsbereich einer Werkstatt oder in einer Tagesförderstätte beschäftigt. Der neue Kennzahlenbericht zur Eingliederungshilfe liegt nun als Broschüre vor (vgl. SOZIALwirtschaft aktuell 10/2015). Die Veröffentlichung kann kostenlos aus dem Internet heruntergeladen werden. Seit eineinhalb Jahrzehnten melden einmal im Jahr die Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft überörtlicher Sozialträger zentrale Kenn-

zahlen zum Leistungsgeschehen und zur Kostenentwicklung in den Handlungsfeldern Wohnen und Beschäftigung. In Zusammenarbeit mit der Hamburger Firma *con_sens* GmbH wird daraus ein Bericht mit Aussagen über bundesweite Entwicklungen und regionale Unterschiede erstellt.

www.bagues.de

Diakonie Deutschland startet neues Inklusionsprojekt

Wer psychisch schwer erkrankt ist, leidet nicht nur unter der Krankheit, sondern wird nach aktuellen Studien von der Gesellschaft weiter ausgegrenzt. Die Vorbehalte gegenüber Erkrankungen wie zum Beispiel Psychosen sind hoch. Menschen mit diesen Krankheitsbildern werden oft als störend wahrgenommen. Daran haben Aufklärungskampagnen und eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit bisher nicht viel ändern können. Um zu zeigen, dass ein gemeinsames Zusammenleben in Wohnquartieren, Kirchengemeinden oder auch Vereinen gelingen kann, hat die Diakonie Deutschland mit Unterstützung der Aktion Mensch das Projekt »Willkommenskultur in Wohnquartier und Zivilgesellschaft« gestartet. An den fünf Modellstandorten Bremen, Düsseldorf, Hörsel, Stuttgart, Wetzlar werden gemeinsam mit Partnern wie Volkshochschulen, Kleinbetrieben oder kulturellen Anbietern neue Projekte für beispielhaftes Zusammenleben entwickelt und umgesetzt. Ziel ist es, gesellschaftliche Akzeptanz und Toleranz für Menschen mit schwer verlaufenden psychischen Erkrankungen zu schaffen. Allen Modellstandorten ist gemeinsam, dass bei den geplanten Aktivitäten psychisch kranke Menschen, ihre Angehörigen und Experten beteiligt werden. Zusätzlich eingeladen sind auch interessierte Bürger, kommunale und lokale zivilgesellschaftliche Akteure im Bereich der Quartiersentwicklung, Vertreter von Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch kranke Menschen sowie regionale Organisationen.

www.diakonie.de

Themenhefte der Blätter der Wohlfahrtspflege

**Kindertagesstätten**

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2008

Jugendsozialarbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2008

Wohlfahrtsverbände

Produktionsauftrag:

zivilgesellschaftlicher Mehrwert

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2008

Islam

Kritische Kooperation erwünscht:

Muslimische Vereine als Partner in der Sozialen Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2008

Pflegeversicherung

Fünf Fragen an die Pflege der Zukunft:

Who cares? Wie Unterstützung und Kooperation gestalten? Wie Teilhabe sichern? Wie finanzieren? Was macht gute Pflege aus?

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2008

Corporate Citizenship

Gute Geschäfte: Die Renaissance unternehmerischen Engagements

Kooperationen sind Tauschgeschäfte: Wie man Unternehmen als Partner gewinnt

Pflegeversicherung

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2008

Aspekte kommunaler Versorgung

Die Zukunft der Kommune: weniger, älter, bunter

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2009

Forschung

Wissen generieren für die Theorie und für die Praxis Sozialer Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2009

Verbraucherschutz

Vom Klienten zum Kunden – Konsequenzen für soziale Dienste und Einrichtungen

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2009

Recht

Fachkräfte Sozialer Arbeit als Experten für soziales Recht

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2009

Rechtsextremismus

Freie Wohlfahrtspflege gegen pädagogi-

sche und soziale Bestrebungen rechtsextremer Organisationen

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2009

Gesundheitsschutz

Befähigung zur Gestaltung gesunder Lebenswelten

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2009

Ethik

Soziale Gerechtigkeit als Grundlage der Profession Sozialer Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2010

Armutsberichterstattung

Was mit dem ersten Armutsbericht von 1989 angestoßen wurde – und was immer noch nicht erreicht ist

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2010

Beschäftigungsförderung

Das Arbeitsleben mit Lebensarbeit verbinden und Verwirklichungschancen mehrten

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2010

Zentren und Netze der Kompetenz

»Nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten«

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2010

Familienförderung und Kinderschutz

Die Förderung menschlicher Beziehungen als Aufgabe von Wohlfahrt

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2010

Corporate Governance

Soziale Dienste und Einrichtungen gut und richtig führen

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2010

Care

Sorge mit Aussicht – der private Haushalt und die Soziale Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2011

Soziale Daseinsvorsorge

Kommunen zwischen Haushaltskonsolidierung und ihren Aufgaben als Koordinator lokaler Arrangements

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2011

Generalisierung vs. Spezialisierung

Die soziale Profession braucht Einheit in Vielfalt

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011

Quartiersmanagement

Partizipation als Gewinn für alle

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011

Innovationen

Zwischen Reformstau und Reformmüdigkeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2011

Neuer Wohlfahrtsmix

So viel Nachbarschaft wie möglich, so viel professionelle Hilfe wie nötig

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2011

Person – Milieu – Sozialraum

Das Quartier als Milieu der Dienste und des Engagements

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2012

Versorgung gestalten

Vom Zusammenwirken von Professio-

nen, Diensten und Nutzern

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2012

Beratung in der Sozialen Arbeit

Querschnittsaufgabe und spezialisiertes Arbeitsfeld

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2012

Lebensqualität

Eine über Wachstum und Wohlstand hinausgehende gesellschaftliche Leitidee

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2012

Steuerung in der Sozialen Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2012

Soziale Freiwilligendienste

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2012

Pflege

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2013

Wohnen in Bewegung

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2013

Personal in der Sozialen Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2013

Orte früher Bildung

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2013

Europäische Union

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2013

Schule und Soziale Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2013

Finanzierung Sozialer Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2014

Dienste am Arbeitsmarkt

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2014

Soziale Medien und Soziale Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2014

Freiwilliges Engagement

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2014

Migration heute

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2014

Freie Wohlfahrtspflege

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2014

Sterben, Tod, Trauer

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2015

40 Jahre Psychiatrie-Enquete

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2015

Soziale Investitionen

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2015

Bildungswelten

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2015

Wirkungen planen und dokumentieren

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2015

Jahresabonnement incl. Online 79,- € (Privatbezieher); Studenten und arbeitslose Bezieher (jährliche Vorlage einer Bescheinigung erforderlich) 41,- €; Institutionen incl. Online 119,- €; Einzelheft 18,- €. Alle Preise verstehen sich incl. MwSt., zzgl. Vertriebskostenanteil.

Nomos Verlagsgesellschaft,
Postfach 10 03 10, 76484 Baden-Baden,
Telefon 07221 2104-0, Fax 07221 210427,
E-Mail Nomos@nomos.de, Internet
<http://www.nomos.de>

Neuer »Qualitätsausschuss« in der Pflege braucht demokratische Legitimation

Die Wohlfahrtsverbände begrüßen grundsätzlich die durch das Zweite Pflege-stärkungsgesetzes (PSG II) geplante Einrichtung eines Qualitätsausschusses als Entscheidungsgremium der gemeinsamen Selbstverwaltung in der Pflege. Gleichwohl fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege die konsequente Weiterentwicklung des vorgesehenen Ausschusses zu einer arbeitsfähigen Struktur. Mit der jetzt vorgeschlagenen Lösung sei niemandem wirklich geholfen, betonte Dr. Gerhard Timm, Geschäftsführer der Organisation. Zu fordern seien unter anderem klare Kriterien zur Zusammensetzung des Ausschusses und die Schaffung einer Richtlinienkompetenz für das Gremium. Dazu habe die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege einen eigenen Vorschlag vorgelegt, der sich am Modell des Gemeinsamen Bundesausschusses im SGB V orientiere, ohne dessen Größe und Strukturdefizite zu übernehmen.

www.bagfw.de

Für einen Stopp von PEPP

Zahlreiche Verbände, darunter Attac Deutschland, Verdi und der Paritätische Wohlfahrtsverband, fordern einen Stopp der Einführung des Pauschalierenden Entgeltsystems Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP). Wenn das System flächendeckend eingeführt werde, komme es zu einer Verschlechterung der Versorgung, warnten die Organisationen. Nach dem neuen System erhielten die Einrichtungen für Patienten, deren psychische Erkrankung eine stationäre oder teilstationäre Behandlung erfordert, von den Krankenkassen eine pauschale Vergütung. Je nach Erkrankung verringere sich die Pauschale mit der Dauer des Klinikaufenthalts. Patienten, die eine längere Therapie brauchen, seien damit für Kliniken weniger lukrativ. Die Einführung des an die Diagnosebezogenen Fallgruppen (DRG) angelehnten Systems von Tagespauschalen in der stationären Psychiatrie ist derzeit bis Ende 2016 ausgesetzt. Als Gründe für die Forderung nach einem Stopp führen die Verbände an, dass PEPP zu mehr stationären Einweisungen auch leichter Fälle führen könne. Die Verbände stellen sich stattdessen ein Budgetsystem vor, an

Erfolgsdimensionen des Fallmanagements und erste Operationalisierungen – Zugänge zu Ressourcen			
Erfolgsdimensionen	Ressourcenbereiche	Ressourcen und Umwandlungsfaktoren	Operationalisierungen – Beispiele
Status	Erwerbsarbeit, ökonomische Chancen	Beschäftigung	Beschäftigungsfähigkeit Aktive Teilnahme an Beschäftigungs- oder Trainingsmaßnahmen
Status	Ökonomische Chancen	Schuldenberatung	Aktivere Mitwirkung, sichtbare Fortschritte bei Schuldenregulierung
Status	Soziale Chancen	Bildungsangebote	
Status	Soziale Chancen	Wohnen	Umzug in angemessene Wohnung, kontinuierliche eigene Zahlung der Miete & Nebenkosten
Entwicklung			Einhaltung von Absprachen zu Besuchsregeln Kinder oder Unterhaltsleistungen; Arbeiten im Haushalt, familiäre Arbeitsteilung, Kindererziehung, -betreuung etc.
Status	Person, soziale Nahbeziehungen	Gesundheitswesen	Kontinuierliche Arztbesuche, z. B. zu Zahnerhaltung/-ersatz oder zur Behandlung chronischer Erkrankungen
			Aktive Teilnahme Suchtbehandlung/-therapie
Entwicklung	Person, soziale Nahbeziehungen	Familie	Einhaltung von Absprachen zu Besuchsregeln Kinder oder Unterhaltsleistungen; Arbeiten im Haushalt, familiäre Arbeitsteilung, Kindererziehung, -betreuung etc.
Entwicklung	Person, soziale Nahbeziehungen	Selbstwirksamkeitserfahrungen	Aktive Nutzung der gebotenen Chancen und Auswahlmöglichkeiten
Entwicklung	Soziale Sicherung	Soziale Dienste	Aktive Mitwirkung bei Hilfe zur Erziehung der Kinder mit dem Jugendamt
Situation	Soziale Integration	Soziale Netze	Aktives Tun zur Überwindung sozialer Isolation

Den aktuellen Reformbedarf bei Zielsetzung und Aufgabenstellung bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) beleuchten Prof. Dr. Claus Reis und Benedikt Siebenhaar. Beide Autoren haben die Reformen der letzten Jahre eng begleitet. Claus Reis, Professor für Sozialarbeit am Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit der Frankfurt University of Applied Sciences, und Benedikt Siebenhaar, ehemaliger Gruppenleiter im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, legen eine umfassende sozialwissenschaftliche und rechtliche Analyse des SGB II vor. Im Zentrum der Studie steht die kritische Auseinandersetzung mit dem Aktivierungsparadigma, dem Leitbild der Arbeitsmarktpolitik des letzten Jahrzehnts. Die damit verbundenen Annahmen und Praktiken prägen nicht allein das institutionelle Setting, die Ausgestaltung der materiellen Leistungen und den Einsatz der Instrumente, sondern auch die Haltung gegenüber Leistungsempfängern und die Erbringung der Arbeitsmarktdienstleistungen. Zwar würden die Leistungsberechtigten heute als »Kunden« bezeichnet, entsprechend weitgehende Rechte und Mitsprachemöglichkeiten, beispielsweise beim Abschluss von Eingliederungsvereinbarungen ließen sich daraus jedoch nicht ableiten. Auch beim Fallmanagement, das die Einzelnen in den Mittelpunkt rücken und sich an deren individueller Lebenssituation und den jeweiligen Bedarfen ausrichten sollte, bleibt die Praxis hinter den formulierten Ansprüchen zurück. Die Expertise »Befähigen statt aktivieren: aktueller Reformbedarf bei Zielsetzung und Aufgabenstellung im SGB II« wurde der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt und ist kostenlos als PDF-Dokument aus dem Internet herunterladbar.

www.fes.de/wiso/publikationen/wiso_diskurs.php

dem auch die kommunale Gemeindepsychiatrie beteiligt werden solle. Ziel sei es, Einweisungen in Kliniken zu verringern. Auf allen Ebenen solle zudem die Psychiatrie-Personalverordnung vollständig umgesetzt werden.

www.der-paritaetische.de

Bundesweite Qualitätsstandards für Kinderinteressenvertretungen

Kinderinteressen auf kommunaler Ebene zu vertreten, haben sich Kinderbeauftragte aus ganz Deutschland zur Aufgabe gemacht. Wie es gelingen kann, die Rechte von Kindern wirkungsvoll, praktikabel und verbindlich in den Städten und Gemeinden umzusetzen, analysierten und erörterten Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunale Kinderinteressenvertretungen in einem zweijährigen

von der Robert Bosch Stiftung geförderten Projekt. Ihre Empfehlungen legt die Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunale Kinderinteressenvertretungen jetzt vor. Die Standards sollen Prüfsteine sein für vorhandene kommunale Kinderinteressenvertretungen und Zielvorgaben für noch zu schaffende Einrichtungen. Die Qualitätsstandards für kommunale Kinderinteressenvertretungen und eine Zusammenfassung der wissenschaftlichen Begleitung können aus dem Internet kostenlos heruntergeladen werden.

www.kinderinteressen.de

Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss stagniert

Erstmals seit fünf Jahren ist der bundesweite Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss nicht weiter ge-

Termine

**Fallsteuerung für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§ 35a SGB VIII).**

4. und 5. Februar 2016 in Hannover.
www.deutscher-verein.de

Controlling in sozialen Organisationen.

Wirtschaftlichkeit erfolgreich steuern.
 11. Februar 2016 in Dortmund.
www.paritaetische-akademie-nrw.de

Alltagsbildung für neu ankommende, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Kulturtheorie, interkulturelle Kompetenz, Wissen. 15. und 16. Februar 2016 in Essen.
www.luettringhaus.info

Ressourcen, Lösungen, Respekt: Das Handwerkszeug für die Systemische Sozialarbeit. 15. bis 18. Februar 2016 in Köln. www.caritas.de

Umgang mit psychisch Kranken. 16. und 17. Februar 2016 in München.
www.ibpro.de

Netzwerkmanager/in im Sozialraum.

22. Februar bis 8. März 2016 in Remagen-Rolandseck.
www.awo-bundesakademie.org

Mediation: Konfliktmanagement in der Kinder- und Jugendhilfe. Konstruktive Gesprächsführung im Konflikt. 23. bis 25. Februar 2016 in Berlin.
www.kbw.de

Zukunftsstrategien der Sozialwirtschaft und des Sozialmanagements in Theorie, Forschung und Praxis. 23. bis 25. Februar 2016 in Feldkirchen (Österreich). www.inas-ev.eu

Professionelle Fördermittelakquise für Organisationen der Sozialwirtschaft.

2. März 2016 in Berlin.
www.bfs-service.de

Systematische Einführung in das SGB XII. 21. bis 23. März 2016 in Berlin.
www.kbw.de

»... und sie bewegen sich doch!« Besserer Umgang mit wenig motivierter Klientel. 11. und 12. April 2016 in München. www.inputseminare.de

CareLeavers: Was braucht es, damit Alltag auch alleine gelingt? 18. und 19. April 2016 in Paderborn.
www.caritas.de

»Inklusion ist ...« Perspektiven und Positionen der Sozialen Arbeit. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit e. V. 29. und 30. April 2016 in Düsseldorf. <http://dgsainfo.de>

Basiswissen Betriebswirtschaftslehre für Fach- und Führungskräfte in der Sozialen Arbeit. Schwerpunkt Buchhaltung und Bilanzierung sowie Kosten- und Leitungsrechnung. 9. und 10. Juni 2016 in Münster. www.weiterbildung-sozialwesen.de

Das SGB II in der Praxis. Erfahrungen – Ausblicke – Rechtsentwicklungen. 9. und 10. Juni 2016 in Berlin.
www.kbw.de

»Ich schaff's!« Lösungsorientiertes Programm für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. 1. und 2. August 2016 in München. www.inputseminare.de

Werkstattentag 2016. 20. bis 22. September 2016 in Chemnitz. www.bagwfbm.de

4. Berufskongresses für Soziale Arbeit des Deutschen Berufsverbandes für Soziale Arbeit. 8. bis 10. September 2016 in Berlin. www.dbsh.de

Studienreise: Sozialarbeit in New York City. Aktuelle Einblicke in die amerikanische Sozialarbeit. 17. bis 25. September 2016. www.paritaetische-akademie.de

ConSozial. Kongress und Fachmesse der Sozialwirtschaft. 26. bis und 27. Oktober 2016 in Nürnberg.
www.consozial.de

Vorschau 2017: »22 mio. junge Chancen. gemeinsam.gesellschaft.gerecht. gestalten«. 16. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag. 28. bis 30. März 2017 in Düsseldorf. www.jugendhilfetag.de

Vorschau 2018: 81. Deutsche Fürsorgetag. 15. bis 17. Mai 2018 in Stuttgart.
www.deutscher-verein.de

sunken, sondern verharnt unverändert bei 5,6 Prozent, stellt der Deutsche Caritasverband fest. Dabei seien die Unterschiede zwischen den Bundesländern und einzelnen Städten und Kreisen weiterhin sehr groß. Die Unterschiede reichen von 1,7 Prozent in Heidelberg bis zu 12,6 Prozent im Landkreis Mansfeld-Südharz. Für die neue Caritas-Erhebung wurden die Daten von über 400 kreisfreien Städten und Kreisen aus dem Jahr 2013 ausgewertet. Seit 2009 analysiert die Caritas die Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss.

www.caritas.de

Teilhabe durch gelingende Kommunikation

Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung sind nicht selten in ihrer Kommunikation eingeschränkt. Die St. Gallus-Hilfe für Menschen mit Behinderung (Stiftung Liebenau) hat nun in Hegenberg eine Beratungsstelle für Unterstützte Kommunikation eingerichtet, die es ihnen ermöglicht, mit ihrer Umwelt zu kommunizieren und so am Leben teilzuhaben. Die ausgebildete Fachberaterin berät Mitarbeiter der St. Gallus-Hilfe, aber auch externe Einrichtungen, und das überregional. Um zu wissen, welche Hilfsmittel sich für wen gut eignen, muss die Beraterin den künftigen Nutzer intensiver kennenlernen. Dann berät sie, probiert aus und schult sowohl den Anwender als auch Mitarbeiter. Mit der Beratungsstelle und durch die ausgebildete Fachfrau sollen vor allem die Hilfen und Anleitungen noch mehr gebündelt und auf fachliche Beine gestellt werden. Auch Interessierte von extern können sich ab sofort an die Beratungsstelle wenden, etwa Eltern und Angehörige, Fachärzte, Schulen oder Einrichtungen der Altenhilfe. Denn auch fortschreitende Demenz ist oft mit Kommunikationsproblemen verbunden.

www.st.gallus-hilfe.de

Neue Zeitschrift für Rechtspsychologie erschienen

Kürzlich erschien die erste Ausgabe der neu gegründeten Zeitschrift »Rechtspsychologie – RPsych« im Nomos Verlag. Besondere Schwerpunkte der neuen Publikation liegen im Familienrecht, im Strafrecht und in der Kriminologie sowie in der Sozialen Arbeit; also in

den Bereichen des Rechts, in denen psychologische Gutachten und Methoden eine besonders große Rolle spielen. In der Zeitschrift finden empirische und theoretische Abhandlungen ebenso Raum, wie Darstellungen aus der Praxis. Ergänzt werden die Abhandlungen durch Rezensionen, Tagungsberichte und Übersichten zur Entwicklung der Rechtsprechung. Ab 2016 sind pro Jahrgang vier Ausgaben geplant.

www.rpsych.nomos.de

Masterstudiengang Integrierte Versorgung beginnt neuen Durchlauf

Der Master-Studiengang »Integrierte Versorgung psychotisch erkrankter Menschen« wird seit dem Sommersemester 2013 gemeinsam von der Psychoanalytischen Hochschule in Berlin und drei weiteren Hochschulen, der Charité Universitätsmedizin Berlin, der Katholischen Hochschule für Sozialwesen und dem Universitätskrankenhaus Hamburg-Eppendorf angeboten. Der Studiengang ist ein achtsemestriges, berufsbegleitendes, weiterbildendes Studium. Der Studiengang richtet sich an berufserfahrene Psychologen, Ärzte, Sozialarbeiter, Pädagogen sowie Angehörige anderer Professionen mit einem ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss. Bewerbungen für das Sommersemester 2016 können ab sofort eingereicht werden.

www.ipu-berlin.de

PC-Führerschein für Altenheimbewohner

Der Landesverband Sachsen-Anhalt des Deutschen Roten Kreuzes hat das Pilotprojekt »FSJdigital« gestartet. 30 Freiwillige erproben darin im Rahmen ihres Freiwilligen Sozialen Jahres verschiedene digitale Möglichkeiten in gemeinwohlorientierten Einrichtungen; beispielsweise begleiten sie Pflegeheimbewohner bei der Nutzung von Computern und Internet. Das vom Bundesverband des Deutschen Roten Kreuzes und vom Landesverband entwickelte Projekt wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Die Bandbreite der digitalen Inhalte, die in rund 25 Einrichtungen erprobt werden, reichen vom digitalen Geschichtenerzählen über die Gestal-

tung barrierefreier Webinhalte bis hin zur Umsetzung digitaler Kampagnen, die mit Mitmachangeboten junge Menschen motivieren sollen, sich freiwillig für eine »gute Sache« einzubringen. Die Freiwilligen werden während ihres gesamten Dienstes von einem erfahrenen Team medienpädagogisch begleitet und qualifiziert.

www.freiwilligendienste.drk.de

Zentralstelle untersucht »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«

In den kommenden vier Jahren will sich die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, eine der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland, innerhalb des Projekts »Perspektivwechsel Plus« mit aktuellen Herausforderungen der Migrationsgesellschaft auseinandersetzen. Thematisch fokussiert das Projekt alle Formen der »gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit«; seine zentralen Schwerpunkte sind dabei Rassismus- und Antisemitismusprävention. Der projekteigene Ansatz – das dialogische Reflexionsmodell – unterstützt die Projektziele in ihrer methodisch-didaktischen Umsetzung. »Perspektivwechsel Plus« ist ein neues Vorhaben, fußt aber auf den Erfahrungen und Expertisen seines Vorgängerprojekts, »Perspektivwechsel« (2007 bis 2014). Geplant sind zahlreiche Workshops und Seminare.

www.zwst-perspektivwechsel.de

Pflegeheime am Pranger

Beschreiben die Medienberichte über alarmierende Zustände im Alten- und Pflegeheim nur bedauerliche Einzelfälle – oder handelt es sich hier um die Spitze des Eisbergs? Und was muss sich wirklich ändern? Der Leiter des Frankfurter Altenpflegeheims Justina von Cronstetten Stift, Michael Graber-Dünnow, analysiert in seinem neuen Buch die Fakten hinter den Skandalen. Er beleuchtet die organisatorische Struktur des Heims, die Schwierigkeiten bei der Personalbemessung, die Bürokratisierung in der Pflege und den allgemeinen Trend zur Überregulierung. Manche Neuerung der letzten Jahre hat die Probleme verschärft oder geschaffen, die sie eigentlich bekämpfen sollte. Manches Problem kann in den Heimen nicht ge-

löst werden, sondern fordert die ganze Gesellschaft heraus. Es werde Zeit, sich wieder auf die Menschen zu besinnen, so der Autor.

Michael Graber-Dünnow: Pflegeheime am Pranger. 172 Seiten: Mabuse-Verlag, Frankfurt am Main 2015. 172 Seiten. 16,95 Euro. ISBN 9783863211790.

Broschüre informiert über den Umgang mit Sterbenden

Die Diakonie Hessen hat eine neue Handreichung zur Begleitung von sterbenden Menschen herausgegeben. Die Broschüre »Mit Sterbenden leben – achtsam sein« will Facetten des Lebens sterbender Menschen aufzeigen und darstellen, wie Menschen am Lebensende eine würdevolle und achtsame Betreuung und Versorgung erhalten können. Neben Themen wie Sterben und Tod, Alter und Demenz, Gesundheitspolitik und Vorsorge informiert die Broschüre auf 170 Seiten über Rituale, passende Worte und Gebete.

www.diakonie-hessen.de

Psychotherapie: Einzel- und Gruppentherapie soll kombinierbar sein

Der Gemeinsame Bundesausschuss hat die Psychotherapie-Richtlinie geändert. Künftig sind auch in der tiefenpsychologisch fundierten und in der analytischen Psychotherapie Einzel- und Gruppentherapie kombinierbar. Bislang ist eine solche Möglichkeit nur im Ausnahmefall vorgesehen. Durch die Richtlinienänderung können die psychoanalytisch begründeten Verfahren – ebenso wie die Verhaltenstherapie – jeweils als Einzelbehandlung, als Gruppenbehandlung oder in Kombination durchgeführt werden. Der Beschluss wird nun dem Bundesministerium für Gesundheit zur Prüfung vorgelegt und tritt nach Nichtbeanstandung und Bekanntmachung im Bundesanzeiger in Kraft. Der Gemeinsame Bundesausschuss ist das höchste Gremium der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen Deutschlands. Er ist durch den Gesetzgeber beauftragt, in vielen Bereichen über den Leistungsanspruch gesetzlich krankenversicherter Menschen rechtsverbindlich zu entscheiden.

www.g-ba.de

Bessere Versorgung von psychisch Kranken in Deutschland

Forscher der TU Dresden haben mit einer Bietergemeinschaft die Ausschreibung zur bundesweit einheitlichen Wissenschaftlichen Evaluation von Modellvorhaben zur sektorenübergreifenden Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen gewonnen. Im Fokus stehen dabei Effektivität, Kosten und Effizienz der Modellvorhaben. Gegenstand der Evaluation werden alle bisher vereinbarten Modellvorhaben (13 Modelle in sieben Bundesländern mit circa 26.000 Patienten) sein sowie alle Modellverträge, die bis zum Ende nächsten Jahres noch abgeschlossen werden. Insbesondere bei Patienten mit psychiatrischen Erkrankungen ist eine sektorenübergreifende und gut vernetzte Behandlung durch die einzelnen Leistungserbringer von größter Bedeutung für den Behandlungserfolg. Die Sektorentrennung in der Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen soll im Rahmen der Modellverträge durchbrochen werden, in dem in den beteiligten Krankenhäusern die ökonomischen Anreize so verändert werden, dass eine Behandlung vermehrt am tatsächlichen Bedarf des Patienten ausgerichtet wird. Das Projekt ist für eine Laufzeit bis Ende 2025 ausgelegt, die ersten Zwischenberichte sollen zum Ende des Jahres 2016 vorliegen.

www.uniklinikum-dresden.de/zegev

»So geht Inklusion kommunal«

Der Städtetag Baden-Württemberg hat im Rahmen der Arbeit seiner Kommunalen Beratungsstelle Inklusion und dem dort angesiedelten Kompetenznetzwerk Inklusion die Broschüre »Kommunale Aktionspläne« vorgelegt. Die Arbeitshilfe entstand vor dem Hintergrund, dass viele Städte sich der Aufgabe der UN-Behindertenrechtskonvention stellen wollen und überlegen, wie sie ein Konzept zur Entwicklung eines inklusiven Gemeinwesens erstellen können. Die Arbeitshilfe soll diesen Kommunen, die Anregungen und Praxisbeispiele suchen, als auch denen, die sich bereits mitten im Prozess befinden oder diesen bereits abgeschlossen haben, zur Information dienen. Die Broschüre »Lebensraum Stadt. Inklusion Kommunal. Reportagen und Momentaufnahmen zur Inklusion« steht im Internet kostenlos zur Verfügung. www.staedtetag-bw.de

Kennzahlen

*»Was gezählt ist, wird sichtbar.
Und indem man zählt,
fängt das, was gezählt wird,
auch an zu zählen.«*

Charles Handy, englischer Unternehmensberater (geb. 1932)

1.980

Zahl der Krankenhäuser in Deutschland (Krankenhausstatistik 2014)

994.658

Zahl der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII, 4. Kapitel) in Deutschland (Stand März 2015)

44.098

Zahl der Beschäftigten in Einrichtungen in Deutschland zur Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren (Stand März 2015)

14.663

Zahl der Vorwürfe auf Behandlungsfehler in Deutschland, die im Jahre 2014 die Medizinischen Dienste der Krankenversicherung begutachtet haben

7.548.965

Zahl schwerbehinderter Menschen in Deutschland am Jahresende 2013

303.443

Zahl der Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen in Deutschland (Stand 2014)

11.310

Anzahl der vom Medizinischen Dienst in Deutschland geprüften ambulanten Pflegedienste (Stand Mai 2015)